

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährlich . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Erhalten mit Ausnahme  
des Montags täglich (rbb)

## Nach dem Volksentscheid.

Aus Berlin wird uns geschrieben:  
Rein zahlenmäßig gesehen, hat die Bewegung für die entschädigungslose Enteignung der Fürstenvermögen einen gewaltigen Erfolg erzielt. Die vierzehneinhalb Millionen Stimmen, die am Sonntag auf Ja lauteten, machen so viel aus, daß sie bei Reichstagswahlen, wo gewöhnlich die Beteiligung nicht über 80 Prozent der Wahlberechtigten hinausgeht, die Hälfte der Mandate auf sich vereinigen hätten. Nur insofern ist das Ergebnis unbefriedigend, als nicht die Hälfte der Wahlberechtigten, daß nicht 20 Millionen für die Enteignung gestimmt haben. Der Reichskanzler Dr. Marx hat vor dem Volksentscheid angekündigt, daß die Regierung, wenn der Volksentscheid ohne Ergebnis bleiben sollte, auf die schnelle Verabschiedung des von ihr eingebrachten Gesetzesentwurfes über die Abfindung der ehemaligen Fürsten hinwirken werde. Sollte der Reichstag ihre Vorlage ablehnen, so werde die Regierung die Konsequenzen daraus zu ziehen wissen. Die Beratungen im Rechtsausschuß des Reichstags haben denn auch bereits begonnen. Die sozialdemokratische Partei wird zunächst abwarten, was dabei herauskommt. Sie wird seiner Vorlage zustimmen, die die berechtigten Wünsche der Volksmassen, wie sie beim Volksentscheid zum Ausdruck gekommen sind, unberücksichtigt läßt. Sollte der Gesetzesentwurf scheitern, so wird es sich zeigen, was der Reichskanzler damit meinte, als er vor dem Volksentscheid von „Konsequenzen“ sprach. Der Rücktritt der Regierung würde dann nicht genügen; es müßte zur Auflösung des Reichstags und zu Neuwahlen kommen.

Die Rechtspreffe, die am ersten Tage nach dem Volksentscheid hervorgehoben hatte, daß die notwendigen 20 Millionen Stimmen nicht aufgebracht worden sind, ist einen Tag später schon recht kleinlaut geworden. Sie weiß sehr gut, daß sich nur deshalb nicht noch weitere Millionen von Wählern für die Enteignung der Fürstenvermögen ausgesprochen haben, weil gerade in den von ihnen beherrschten Gebieten der Abstimmungssterror am heftigsten wütete. Hat nicht der ganze „nationale“ Troß vor dem Volksentscheid geschrieben, daß jeder, der für die Enteignung stimmen würde, ein Volksewiger, ein Räuber, ein Dieb sei? Und nun soll es in Deutschland 14.5 Millionen Volksewigen, Räuber und Diebe geben, ein Drittel der wahlberechtigten Bevölkerung hätte sich für die Einführung des bolschewistischen Systems in Deutschland erklärt? In Wirklichkeit ist es durchaus nicht so. Und daß dem nicht so ist, das macht die große Sorge aller Rechtskreise aus. Selbst die heftigsten Anhänger der Fürstenansprüche erkennen jetzt, daß mit der Tatsache, daß nicht 20, sondern nur 14.5 Millionen für den Volksentscheid gestimmt haben, für sie gar nichts gewonnen ist. Im Gegenteil, es hat sich mit aller wünschenswerten Deutlichkeit gezeigt, daß die breiten Massen des Volkes von der Wiederherstellung der Monarchie nichts wissen wollen. Und wenn die Stimmenzahl nicht noch größer geworden ist, so liegt das daran, daß in vielen guten Deutschen das Gefühl für das, was sie als Recht betrachten, stärker ist, als die Abneigung gegen diejenigen, die an ihnen selbst Jahrhunderte lang so bitteres Unrecht geübt haben. Hat also der Volksentscheid auch keinen greifbaren sachlichen Erfolg gebracht, so ist doch das politische Ergebnis der damit abgeschlossenen Kampferiode um so gewichtiger.

Die sozialdemokratische Partei wird keinem Gesetz zustimmen, das dem Willen der 14.5 Millionen entgegensteht. Wollen die Regierungsparteien aber mit den Deutschnationalen das Gesetz machen, so geraten sie in eine noch schlimmere Situation, als die ist, in der sie sich jetzt befinden. Denn dann verschwindet das Thema der Fürstenabfindung nicht mehr von der politischen Tagesordnung der nächsten Zeit, es wird für die kommenden Kämpfe von entscheidender Bedeutung werden. Die Fürstenfrage wird für die Neuwahlen des

## Der Wechsel des 15. November wird eingelöst.

Die neue Mehrheit sichert sich ihren Beuteanteil. — Millionen für verfallene agrarische Elektrifizierungs-Gesellschaften. — Der erste Angriff auf die Sozialversicherung. — Ein wichtiger Erfolg unserer Genossen in der Frage des Staatsbürgerrechtes.

In der heutigen, letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses brachte die Mehrheit schnell noch einige Gesetzesentwürfe durch, welche unter allerhand schönen Titeln agrarische Elektrifizierungsgesellschaften vor dem Ruin retten und den agrarischen Klassen auf die Beine helfen sollen. Der polnische Handelsvertrag, der erst gestern vorgelegt wurde, wurde bereits heute verabschiedet. Die deutsche Gewerkepartei unternahm einen Angriff auf die Einheitlichkeit der Sozialversicherung, indem sie die Weiterbelastung ihrer kleinen gewerblichen Krankenkassen

Prag, 25. Juni. Die heutige letzte Sitzung des Abgeordnetenhauses von den Ferien wird um 2.40 Uhr eröffnet. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet der Gesetzesentwurf über die

### Änderung des § 151 der Gewerbeordnung;

demnach sollen Geldstrafen aus Übertretungen der Gewerbeordnung künftig nicht mehr zu Gunsten der Krankenversicherung der Hilfsarbeiter und Lehrlinge verwendet werden, sondern dem Fonde der Gewerbe- und Fortbildungsschulen zuzuführen und zur Schulerhaltung bzw. Errichtung verwendet werden. Nach den Referaten der Berichterstatter wird die Vorlage ohne Debatte unanversändert angenommen.

Punkt 2 der Tagesordnung ist der Regierungsentwurf eines Gesetzes über

### die Regelung der Verhältnisse der tschechoslowakischen Genossenschaften.

Nach dem Berichterstatter soll das Gesetz diese Genossenschaften aus der kritischen Lage retten, in der sie sich infolge ihrer bisherigen Abhängigkeit von den Budapester Zentralen befinden; ferner soll eine Revisionspflicht und eine behördliche Kontrolle eingeführt werden. Zu der Vorlage spricht nur der Kommunist Mondok, der erklärt, daß die Vorlage nur den Interessen der Agrarpartei diene, während die Arbeitergenossenschaften keine Vorteile davon haben. Hierauf wird die Vorlage mit einer kleinen Änderung angenommen.

### die finanzielle Unterstützung der Elektrifizierung des flachen Landes

zur Verhandlung. Nach der Vorlage sollen in den nächsten 5 Jahren jährlich ein Betrag von 10 Millionen für Baubeträge an örtliche Elektrizitäts-

nach dem Muster der Agrarier forderte. Genosse Schäfer wies diesen Vorstoß scharf zurück. Einen wichtigen Erfolg errang die Partei in der Frage der endgültigen Regelung der Staatsbürgererschaft. Das Haus nahm einstimmig eine Resolution Hadenberg an, der die Regierung beauftragt, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der die Frage in modernem Sinne regelt. — Nach Mitternacht erst geht das Haus in die Beratung des Auslieferungsbegehrens der Prager Staatsanwaltschaft ein.

Genossenschaften oder Landgemeinden verwendet werden. Die Durchführung liegt ganz in den Händen des Landwirtschaftsministeriums.

Nach den Berichterstattern legt

### Genosse Schweinhart

den Standpunkt unserer Partei zu dieser Vorlage dar. Sie gehört zweifellos zu jener Gruppe von Vorlagen, über welche sich die neue international-kapitalistische Koalition in eigenen Geschäftsinteresse geeinigt hat. Namentlich die deutschen Agrarier drängen auf die Ausnützung der Konjunktur, weil sie doch nicht ganz sicher wissen, ob diese für sie so günstige politische Geschäftslage lange anhalten wird. Es ist unzweifelhaft, daß die Elektrifizierung des flachen Landes bisher sehr stiefmütterlich behandelt wurde. Das läßt sich teilweise aus dem geringen Verbrauch von elektrischer Kraft in entlegenen Landgemeinden erklären, da auf dem Lande die großen Stromabnehmer, die allein eine Rentabilität garantieren, fehlen.

Eine Reihe gemeinnütziger Elektrifizierungsgesellschaften hat ihre Arbeiten gerade in der Zeit der höchsten Teuerung aller Materialien durchgeführt und ist nun in große Schwierigkeiten finanzieller Art geraten. Dadurch ist die Mehrzahl dieser von Agrariern gegründeten Unternehmungen am Rande des Abgrundes; hunderte von Millionen sind auf diese Weise dem Volksvermögen verloren gegangen.

Um dem offenen Bankrott dieser Gesellschaften vorzubeugen, will man nun deren Sanierung auf Kosten der Gesamtbevölkerung durchführen.

nicht die kommunistische Propaganda hat die Wähler angezogen, sondern es war die hingebungsvolle Aufklärungsarbeit der sozialdemokratischen Partei, die dem Ergebnis des Volksentscheides das Gepräge gibt. Wo die verlogene kommunistische Parole von der „Einheitsfront“ Anklang fand, dort ist die Stimmenzahl beim Volksentscheid gegenüber dem Volksbegehren zurückgegangen, wie es sich besonders deutlich im Chemnitzer Bezirk zeigt, wo nach der Behauptung der kommunistischen Presse die Einheitsfront am weitesten gediehen war. Umgekehrt sind die Ergebnisse dort am günstigsten, wo die Bevölkerung den „Einheitsfront“-Schwindel durchschaut hat und den Weisungen der Sozialdemokratie gefolgt ist.

So kann man zusammenfassend sagen, daß der Kampf um den Volksentscheid zwar abgeschlossen ist, daß er aber doch nur eine Episode in den großen Kämpfen zwischen dem Fortschritt und monarchistischer Reaktion bildet. Der wirkliche Kampf beginnt erst jetzt. Und nun wird es sich nicht mehr um die in Geldzahlen sich ausdrückende Seite der Fürstenfrage handeln, sondern um die große und endgültige Auseinandersetzung zwischen denen, die das deutsche Volk in die Hörigkeit des Untertanenstaates zurückdrängen wollen, und denen, die aus der deutschen Republik ein soziales Gemeinwesen zu machen gewillt sind.

In der Tat sind schon Gemeinden und Bezirke behufs Sanierung solcher Gesellschaften oft zu ganz immensen Leistungen herangezogen worden; auch der Staat und das Land Böhmen hatten nach Behauptungen eingeweihter Kreise bisher schon sehr schwere Opfer zu Gunsten solcher halbverfallener agrarischer Elektrifizierungsgesellschaften gebracht. In nächster Zeit ist die Unwirtschaftlichkeit der bisherigen offiziellen Elektrifizierungspolitik schon mehrmals sehr scharf kritisiert worden.

Alle bisherigen Sanierungsmaßnahmen scheinen nicht zu genügen und so ist im vorliegenden Gesetzesentwurf ausdrücklich die Sanierung notleidender gemeinnütziger Elektrifizierungsgesellschaften mit Hilfe dieses Fondes vorgesehen.

Es ist dann wohl die Frage berechtigt, was dann eigentlich für den Ausbau der elektrischen Netze, Transformatorstationen usw. übrigbleibt, von denen im Gesetz die Rede ist, und noch berechtigter die Frage, was davon auf die deutschen Gebiete entfallen wird.

Wenn im Gesetz von armen Gebirgsgegenden die Rede ist, so meint man damit Karpathenland und nicht etwa unsere deutschen Gebirgsgegenden.

Weiter ist merkwürdig, daß das Landwirtschaftsministerium diese Sache in die Hand nehmen soll.

obwohl das Arbeitsministerium schon eine eigene Abteilung für Elektrifizierungszwecke hat. Das Landwirtschaftsministerium wird anscheinend zu einer starken Zentrale für alle Agenden ausgebaut, die sich irgendwie mit agrarischen Interessen in Verbindung bringen lassen.

Unter diesen Umständen haben wir zu der ganzen Aktion sehr wenig Vertrauen

und können die Sorge nicht unterdrücken, daß die besonders bedürftigen deutschen Gebiete zum größten Teile leer ausgehen werden. Wir sind für die staatliche Förderung der Entwicklung der Produktionskräfte der Landwirtschaft,

von einseitigen Liebesgaben an agrarische Geschäftsmacher wollen wir jedoch absolut nichts wissen

und darum handelt es sich hier bestimmt. Die deutschen Regierungsparteien sollen aber ja nicht glauben, daß sie nur Vorteile aus der jetzigen Situation ziehen werden. Für all das, was sie jetzt gegen das arbeitende Volk unternehmen, werden sie schwer zu büßen haben, denn alle Schuld rächt sich auf Erden! (Beifall.)

Nachdem noch die tschechischen Sozialdemokraten Kriz und Jaza hierzu gesprochen hatten, wird die Vorlage gleichfalls angenommen.

Weiters steht die Buerkennung der Pupillar-sicherheit an die Teilschuldverschreibungen der südböhmischen Sprozentig Investitions-Elektrifizierungsanleihe vom Jahre 1926 im Betrage von 20 Millionen zur Verhandlung. Der tschechische Sozialdemokrat Kriz weist auf die Notwendigkeit der systematischen Elektrifizierung der südböhmischen Gegenden hin, der die Selbstverwaltungskörper in diesem Gebiete schon schwere Opfer gebracht haben; die restlichen Lasten sollen die Bezirke in der Weise aufbringen, daß das bewilligte Kapital der südböhmischen Elektrizitätsgesellschaft in Form dieser Teilschuldverschreibungen gewährt wird. — Die Vorlage wird in der Ausschuhfassung ohne weitere Debatte genehmigt.

Eine längere Debatte entfesselt der erst gestern dem Hause vorgelegte.

### Handelsvertrag mit Polen.

Der Berichterstatter Prokes weist darauf hin, daß dieser Vertrag bisher von gewissen Parlamentaristen sabotiert wurde, trotzdem dies große Schäden für unsere Volkswirtschaft bedeutete und für unsere Industrie den Verlust von Absatzmärkten zur Folge hatte. Der Vertrag trägt Spuren großer Wohlwollens gegenüber Polen aus rein außenpolitischen Gründen auf Kosten unserer Volkswirtschaft. Besonders das Ostkarwimer Revier spürt die riesigen Konzeptionen bezüglich der Kohleneinfuhr außerordentlich.

Zu der Vorlage sprechen noch der polnische Kommunist Skliva, der sich keine Vorteile von der Vorlage verspricht, und der Nationaldemokrat Spacet, der ebenfalls auf die Gefährdung wirt-

schäftlicher Interessen im Ostrauer Revier durch den Vertrag hinweist. Wird der Vertrag aber lokal eingehalten, so könne er vielleicht unserer Sütten- und Textilindustrie nützen, die in Polen einen Absatzmarkt finden kann; seine Partei werde daher für die Vorlage stimmen.

Der Handelsvertrag wird dann auch in erster Lesung nach dem Ausschussbericht genehmigt.

Auf der Tagesordnung steht weiter der Initiativantrag Dr. Derer über

**die Erteilung der Staatsbürgerschaft an gewisse Personen in der Slowakei und Karpathenrußland.**

Auf dem ehemals ungarischen Gebiete waren durch eine Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtes vom Dezember 1923 Tausende Bewohner der Slowakei und Karpathenrußlands, darunter nicht nur Ungarn, sondern auch viele Slowaken, plötzlich ohne jede Staatszugehörigkeit. Das frühere ungarische Gesetz verlangte nämlich für die Zuerkennung der Heimatsberechtigung nur 14jährige Seßhaftigkeit sowie eine gewisse Steuerleistung wenigstens in einem dieser Jahre, während das Oberste Verwaltungsgericht sich plötzlich auf den Standpunkt stellte, es müsse die Zuerkennung des Heimatsrechtes ausdrücklich erfolgt sein, und Steuerzahlung während der ganzen vier Jahre verlangte. Da nur wenige Leute sich um die ausdrückliche Zuerkennung der Heimatsberechtigung bekümmert hatten, waren nun aber tausende Leute in den ehemals ungarischen Gebieten plötzlich staatenlos, obwohl sie vielfach seit Jahrzehnten am selben Ort ansässig waren.

Nach einem ausführlichen Referat Dr. Derers sprach

**Genosse Hadenberg,**

der über den speziell slowakischen Rahmen hinausgehend, eine von modernem Geiste erfüllte Regelung des Staatsbürgerrechtsproblems überhaupt für das ganze Staatsgebiet forderte.

Genosse Hadenberg stellt fest, daß uns die Vorlage aus verschiedenen Gründen nicht befriedigt. Wir stimmen nur deshalb für die Vorlage, weil durch sie ein krasses Unrecht, das an der Bevölkerung der Slowakei und Karpathenrußlands verübt wurde, nunmehr beseitigt wird. Eine Verbesserung der Vorlage scheiterte, am Widerstand des Finanzministeriums. Nach unserm Vorschläge sollten eine große Anzahl von Personen, denen Pensions- und sonstige Versorgungsgebühren wegen der Vorenthaltung ihrer Staatsbürgerschaft nicht zuerkannt wurden, nunmehr die zurückbehaltenen Bezüge für die frühere Zeit nachgezahlt erhalten. Das zu erreichen, war jedoch nicht möglich.

Dadurch, daß die Vorlage die Erlangung des Staatsbürgerrechtes auf die Slowakei und Karpathenrußland beschränkt, wird

**ein großes Unrecht an jenen Tausenden von Familien**

begangen, die in anderen Staatsgebieten seßhaft sind und trotz aller Bemühungen die Staatsbürgerrechte nicht erlangen können, obwohl sie zeitweilig sich hier aufgehalten haben. Es gilt dies für viele staatliche Arbeiterinnen, insbesondere in Tabakfabriken, die durch Berechtigung der Staatsbürgerschaft verlustig gingen, und besonders von den vielen Eisenbahnern, die früher von Ort zu Ort veretzt wurden und zum Schluß auf unserm Territorium seßhaft wurden, ohne hier schon das Heimatsrecht, das an 10jährige Seßhaftigkeit geknüpft ist, erlangen zu können. Große Schwierigkeiten werden namentlich den

**Die neue parlamentarische Mehrheit bereitet die Verbesserung der Arbeitslosenunterstützung.**

**Deutsche Christlichsoziale als Feinde der Arbeitslosen.**

Gestern, Freitag, führte der sozialpolitische Ausschuss des Abgeordnetenhauses die Beratung über den Antrag Sampl-Allein auf Weiterzahlung des staatlichen Zuschusses zur Arbeitslosenunterstützung bei längerer Beschäftigungslosigkeit zu Ende. Das Ministerium für soziale Fürsorge machte im Einvernehmen mit dem Finanzministerium den Vorschlag, dort, wo die Arbeitslosigkeit über 20 Prozent beträgt, den Staatsbeitrag weiter zu leisten unter der Voraussetzung, daß auch die Gewerkschaften über die in den Statuten vorgesehene Unterstützungsdauer hinaus einen Teil der Arbeitslosenunterstützung weiter auszahlen.

Diesen Vorschlag lehnten die sozialistischen und sozialdemokratischen Mitglieder des Sozialpolitischen Ausschusses ab. Daraufhin kam es zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Sampl-Allein, wobei sich die Mitglieder der Mehrheitsparteien unterschiedslos gegen diesen Antrag erklärten.

**Bezeichnend war das Verhalten der deutschen Christlichsozialen.**

Gestern nahm der deutsche christlichsoziale Arbeitersekretär Greif an der Abstimmung teil, heute entfernte er sich während der ganzen Dauer der Abstimmung. Ein Mitglied der christlichsozialen Partei darf eben auch dann nicht für eine bessere Unterstützung beschäftigungsloser Arbeiter stimmen, wenn er der Arbeitersekretär ist! Schon daß er sich den Tag zuvor der Abstimmung enthalten hat, wird ihm von seiner Partei unliebsam angerechnet worden sein. Diesmal blieb er ganz weg, hat aber damit nicht weniger der Sache der Arbeitslosen geschadet als zuvor. Die christlichsozialen Arbeiter sind zu solchen Vertretern im Parlament wirklich zu beglückwünschen!

Während des ersten Teiles der Abstimmung fehlten einige Mitglieder der Mehrheitsparteien, so daß bis auf die Wirksamkeitsbestimmung und den Titel und Eingang der Antrag Sampl-Allein die Mehrheit erhielt. Wirksamkeitsbestimmung und Titel und Eingang des Gesetzes wurden zuletzt mit knapper Mehrheit abgelehnt. Abgelehnt wurde auch der Antrag, den tschechi-

schen Sozialdemokraten Klein zum Referenten für das Haus zu bestimmen.

Mit dem Antrag selbst hat sich noch der Budgetausschuss zu beschäftigen.

Daß die unglücklichen Opfer der Wirtschaftskrise, die vielen und vielen Arbeitslosen, die bereits ausgesteuert sind, ohne jede Hilfe bleiben, verdanken sie der neuen Mehrheit im tschechoslowakischen Parlament, die in den letzten Wochen reichlich für ihre Klassenangehörigen gesorgt haben. Unverkennbar und deutlich haben sich insbesondere die deutschen Christlichsozialen durch ihr Verhalten in der Frage der Arbeitslosenunterstützung im arbeiterfeindlichen Sinne betätigt.

Dann erfolgte noch ein Vorstoß der neuen Mehrheit gegen jene Bestimmungen des Gesetzes über die Sozialversicherung, nach denen die Genossenschaftsrentenklassen und die registrierten Hilfsrentenklassen unter 4000, beziehungsweise unter 2000 Mitglieder am 1. Juli aufgelöst werden sollen. Die deutsche Gewerkepartei, die deutschen Agrarier, die Deutschnationalen und die deutschen Nationalsozialisten haben vor einigen Monaten einen Antrag, der sich für die Aufrechterhaltung und die Neuerrichtung kleinerer Genossenschafts- und Hilfsrentenklassen ausspricht, eingebracht. Dem Sozialpolitischen Ausschuss ist dieser Antrag erst Donnerstag zugewiesen worden. Dem Sozialpolitischen Ausschuss wurde eine Frist bis Freitag nachmittag 2 Uhr zur Beratung des Antrages gegeben. Die Mehrheitsparteien beantragten, dem Hause vorzuschlagen, daß die Liquidierung der kleineren Genossenschaftsrentenklassen bis 31. Dezember 1926 nicht vorgenommen wird.

Abgeordneter Genosse Taub setzte sich mit den Mehrheitsparteien über diesen gegen die Sozialversicherung gerichteten Antrag auseinander und zeigte auf, daß ein Teil der früheren Koalitionsparteien ihr feierzeitig gegebenes Wort brechen, wenn sie jetzt für die Aufrechterhaltung kleinerer Genossenschaftsrentenklassen stimmen. Der Antrag wurde natürlich angenommen; es stimmten auch die Deutschnationalen und die deutschen Nationalsozialisten dafür.

Bewohnern Ostschlesiens gemacht, denen man trotz aller Versprechungen bei dem feinerzeitigen Plebiszit nun die Staatsbürgerschaft unter allen möglichen Vorwänden verweigert. Namentlich das Innenministerium zeichnet sich hier aus und lehnt rechtswidrig derartige Optionserklärungen als angeblich verspätet ab. Die politische Landesverwaltung und das Innenministerium führen bei solchen Verurteilungen direkt eine Komödie auf. In Wirklichkeit sind es die noch existierenden „Bybory“, welche die Entscheidung über die Zuerkennung der Staatsbürgerschaft treffen. Wir haben uns veranlaßt gesehen, einen Resolutionsantrag einzubringen, in welchem die Regierung aufgefordert wird, in einem vorzulegenden Gesetzentwurf

**eine moderne Regelung des Staatsbürger- und Heimatsrechtes**

vorzunehmen. Im Verfassungsausschuss blieb dieser Antrag jedoch in der Minderheit und auch die Regierungsvertreter haben sich gegen diese Resolution ausgesprochen mit der Begründung, daß eine diesbezügliche Beschwerde der deutschen

Minderheit beim Völkerbund anhängig sei und eine gesetzliche Regelung dieser Frage in dem Moment als Nachgiebigkeit ausgelegt werden müßte. Die Behörden seien außerdem angewiesen worden, in dieser Frage „liberal“ vorzugehen. Wie diese Liberalität ausseht, weiß Genosse Hadenberg an einem Ausspruch des Regierungsvertreters nach, der unter Berufung auf ein ähnliches rumänisches Gesetz meinte, eine derartige Vorlage müsse auch einen Passus bezüglich einer eventuellen Aberkennung der Staatsbürgerschaft enthalten. Auf die Frage, was dann mit diesen Personen geschehen solle, hat der Regierungsvertreter ruhig erklärt, das könne nicht unsere Sorge sein! (Empörende Zwischenrufe unserer Genossen.) Man möchte also derartige Personen wegen politischer Delikte viel schlechter behandeln, als die gemeinsten Verbrecher, denen man die Staatsbürgerschaft nicht nehmen kann.

**Ein solcher moderner Geist herrscht in unserem Innenministerium!**

Wenn wir auch jetzt für diese Vorlage stimmen,

so werden wir dennoch nicht in unserer Forderung erlahmen nach einem modernen Gesetz, das den Bedürfnissen der Bevölkerung dieses Staates voll entspricht! (Lebhafte Beifall.)

Zur Vorlage sprechen noch vier weitere Redner, worauf es zur Abstimmung kommt.

Bei der Abstimmung wurde die Vorlage mit den Stimmen fast des ganzen Hauses angenommen und die Änderungsanträge des Kommunisten Gatti abgelehnt. Damit hatte das Gesetz, das als Verfassungsgesetz erklärt worden war, die nötige Dreifünftelmehrheit gefunden.

Der Resolutionsantrag Hadenberg, der eine moderne Regelung des Staatsbürgerrechtes einheitlich für die ganze Republik fordert, wird vom Hause einstimmig angenommen. Für dieselbe Resolution hatte sich im Verfassungsausschuss nur Stimmengleichheit ergeben und sie war somit dort gefallen. Es ist zu hoffen, daß diese Resolution bald auch praktische Auswirkung für die vielen Tausende haben wird, welche über ihre Staatsbürgerschaft in quälender Ungewißheit sind.

Den nächsten Punkt bildete ein Antrag Stenzl-Spina auf teilweise Änderung des Sozialversicherungsgesetzes, daß nämlich die kleinen Ortschaftenkrankenassen ihre Tätigkeit auch über den 30. Juni weiter ausüben könnten. In der lebhaften Debatte sprach als erster Genosse Schäfer. Er bezeichnete die Vorlage als den ersten Versuch, von dem gewaltigen Bau der Sozialversicherung ein Stück wegzureißen. Wir können hier nur trübselig davor warnen, in dieser arbeiterfeindlichen Politik fortzuführen, die nur das erreichen wird, daß die Arbeiter ihren Fehler vom 15. November des Vorjahres wieder gutmachen werden. Die neue Mehrheit wird nicht lange leben. Wenn sie diese paar Stunden so gegen die Arbeiter ausnützt, werden es ihnen diese entsprechend lohnen.

In der weiteren Debatte suchte unter anderen der deutsche Gewerkepartei Führer Tichy, die Vorlage zu verteidigen. Die Zwischenrufe unserer Genossen machten seine „Argumente“ zunichte.

Der Antrag Stenzl wird nach längerer Debatte von der Mehrheit mit 158 gegen 98 Stimmen angenommen. Der nächste Punkt der Tagesordnung, das Almosen an die mehr als 65 jährigen wird von der Tagesordnung abgesetzt. Derauf werden in abgekürztem Verfahren familiäre heute angenommenen Gesetze auch in zweiter Lesung erledigt.

Um Mitternacht geht das Haus in die Verhandlung des

**Auslieferungsbegehrens der Prager Staatsanwaltschaft**

ein. Namens der Mehrheit erstattet, von vielen Zwischenrufen unterbrochen, Dr. Sala den Bericht. Für die Minderheit des Ausschusses kommt hierauf der tschechische Sozialdemokrat Koudelka zu Wort, der von den Deutschnationalen wiederholt von Zwischenrufen unterbrochen wird (wegen seiner feinerzeitigen entgegengesetzten Haltung im Falle Baeran). In der Debatte wird noch Genosse Dr. Czoch zu Worte kommen. Die Redezeit beträgt 20 Minuten, so daß die Sitzung wahrscheinlich bis drei Uhr morgens dauern wird.

Bei Blattschluss kommt Joeben Dr. Czoch zu Wort, der einleitend in schärfster Weise die Mehrheit vor der Auslieferung warnt, die eine ewige Schande des Parlaments bleiben müßte.

Nach dem Tschechischen von Richard Brandell.

**Moral en gros.**

Ein Roman wider alles Herkommen

47 Von Jiri Hausmann.

Nach hätte der angenehme überraschte Kommandant den Kapitän umarmt und abgeküßt. Spornreichs lief er in die Kaserne, wo er den Befehl selbständig mit einer langen Kette festsetzte; ohne sich zu rühren, harrte er selbst bei dessen Lager bis zum Morgen aus; dann ließ er ihn in Begleitung von zwanzig Bewaffneten und zwei Maschinengewehren dem Garnisongefängnis von Subville übergeben.

Es stellte sich jedoch heraus, daß die zur Verhaftung und Neueinlieferung des rätselhaften Individuums angewendete Energie umsonst verschwendet worden war; vor allem wurde festgestellt, daß der Häftling wirklich bekannt und mit dem schon wiederholt vorbestraften Landstreicher Rusicka, für den er sich ausgegeben hatte, identisch sei, und daß er mit dem Attentat nichts zu tun haben könne, da er die kritische Nacht im Gemeindefest von Elbels-Stoß verbracht hatte, wie durch die Zeugenschaft glaubwürdiger Personen unstrittig dargetan wurde. Aus diesem Klotter war er erst am folgenden Tage um die Mittagshunde entwickelt und unmittelbar darauf vom Wachtmeister Schneidig verhaftet worden.

Seine Schuld wurde ferner dadurch sehr zweifelhaft, daß binnen achtundvierzig Stunden nicht weniger als fünfzig andere verdächtige Individuen aus allen Teilen Utopiens nach Subville geschafft worden waren, auf die der Steckbrief durchwegs ausgedrückt war.

Drittens endlich stellte sich auf der Polizeidirektion der Oberstleutnant des französischen Restaurants „Chiennoir“ auf dem Krampflage ein,

aus dessen schüchternen und von ständigen Entschuldigungen unterbrochenen Ausreden hervorzuziehen, daß der Herr Präsident am Abend vor dem Attentat das erwähnte Lokal infognito besucht, hier die Nacht in Gesellschaft lustiger Mädchen verbracht; hatte und gegen Morgen trotz seines (nach den Worten des Oberstleutners) „einigenmaßen anderen Zustandes“ ein angebotenes Auto zurückgewiesen und sich entschlossen hatte, zu Fuß nach Hause zu gehen, angeblich des Sportes halber. Er hatte noch zwei Flaschen Champagner mitgenommen, um sich damit den Weg zu kürzen.

Gegen den Anklärer wurde natürlich sofort die Strafanzeige wegen Beleidigung des Staatsoberhauptes erlassen, sie mußte aber bald wieder zurückgezogen werden, da der junge Brutus, der inzwischen aus seinem Dämmerzustande erwacht war, diese Angaben in vollem Umfange bestätigte und erklärte, daß von einem Attentat überhaupt keine Rede sein könne. Er gab ferner reumütig zu, daß er, des höfischen Ceremoniells überdrüssig, einmal etwas ungebundener hatte „lumpen“ wollen, heimlich aus dem Palais entwichen war und sich unerkannt ins „Chien-noir“ begeben hatte, wo er die Grenze des Maximums, bei dem man noch halbwegs nüchtern bleiben könne, ein wenig überschritten habe. Auf dem Heimwege habe er sich so lange mit dem Umarmen von Valeriuspfläßen beschäftigt, bis es einem derselben gelungen war, sich seiner Umarmung zu entziehen. So daß er, aus dem Gleichgewicht gebracht, umfiel und — an das weitere konnte sich das Oberhaupt des süd-utopischen Staates nicht mehr erinnern.

Kurz, die ganze Sache bekam einen ungemein delikaten Anstrich und der Polizeivorgesetzte mußte zur Beruhigung der öffentlichen Meinung eine neue amtliche Nachricht folgenden Inhalts herausgeben:

„In der Untersuchung über die näheren Umstände des Attentates vom vergangenen Mittwoch ist eine bemerkenswerte Wendung eingetreten. Es

wurde nämlich unumstößlich festgestellt, daß nicht unser geliebter Präsident das Opfer desselben gewesen war, sondern irgend ein unbekannter, ihm auffallend ähnlicher Mann. Unser gnädigster, Allerhöchster Herr erkreut sich im Gegenteile vollster Gesundheit und alle anderen gegenteiligen Nachrichten erdbehren jeder Grundlage. Gegen ihre Verbreiter wird im Sinne des Paragraphen 65, Abs. e. des Hofdekrets vom 28. Juli 1874, S. d. G. u. B. Nr. 369, eingeschritten werden.“

**XXI. Kapitel.**

**Endliene.**

Der scharsinnige Leiter des Sicherheitskorps war aber leider im Irrtum, wenn er glaubte, daß seine Erklärung die Deffenlichkeit beruhigen werde. Diese Lösung der so romantisch begonnenen Begebenheit war allzu profaisch, als daß sie jemand im Ernste geglaubt hätte. Die Sache wurde in Privatgesprächen und in der Tagespresse eifrig diskutiert, die Phantasie der Bevölkerung arbeitete mit Hochdruck, es wurden mehr oder weniger heisse Vermutungen ausgesprochen und trotz des drohenden Wortlauts des Paragraphen 65, Abs. e. des Hofdekrets vom 28. Juli 1874, beunruhigende Gerüchte verbreitet, in denen zwar die kindliche Liebe der Bevölkerung um Staatsoberhaupt zum Ausdruck kam, weniger allerdings die pflichtgemäße Achtung gegen Behörden und Einrichtungen der Republik. So hatte nach der einen Version eine hochgestellte Persönlichkeit, gegen welche die Regierung nicht einzuschreiten wagte, das Verbrechen begangen, nach einer anderen handelte es sich um Selbstmordversuch aus politischen Gründen, in einer dritten wurde sogar von einem Palastgefangenen geküßert und die Demission des Ministers des Inneren gefordert. Durchaus einmütig war aber der Wunsch der ganzen Bevölkerung, die Nachforschungen mit größter Strenge fortzusetzen, und dieser Forderung wurde durch

eine stürmische Demonstration vor der Polizeidirektion heftiger Nachdruck verliehen.

Noch radikaler wurde die Sache in den militärischen Kreisen aufgefaßt. Dort verhartete man einfach bei der Ansicht, daß das Attentat vom Feinde geplant gewesen sei, und rief erbittert nach Veraktung. Mannschaft ebenso wie die hohen Vorgesetzten waren bereits des farblosen Stellungskrieges überdrüssig und der Kampfsgeist der Armee drängte hartnäckig auf das augenblickliche Einleiten einer großzügigen Offensive, welche die geheimen Anschläge des Gegners in gerechter Weise züchtigen sollte. Und — vox militis, vox Dei: Die Regierung wurde gezwungen, dem Druck der heftigsten Elemente nachzugeben, der Minister des Inneren mußte abtreten, der bisherige Leiter des Generalstabes mit der Verwaltung eines Sanatoriums für Epileptiker betraut und an seine Stelle Feldmarschallleutnant Peter Komis gesetzt, einer der ersten Verfechter der Rebanchepolitik.

Der Wechsel im Oberkommando änderete sich sehr bald in der allgemeinen strategischen Lage. Der neue Marschall sah nämlich den Entschluß, sich hinter der Linie Las Mers—St. Genevès zu rücken nur auf die allererstenbedingten Abwehraktionen zu beschränken und dafür der nördlichen Front größere Aufmerksamkeit zu schenken. Zu diesem Zwecke berief er vierundzwanzig Armeekorps aus dem südlichen Abschnitt und konzentrierte sie in der Nähe von Taubensstadt. Er hatte allerdings gehofft, daß der Feind diese Kühn- umgruppierung nicht merken werde, aber er war in seinem Optimismus leider zu weit gegangen. Der Feind bemerkte im Gegenteile sehr auf diese „kühne Umgruppierung“ und mußte sie gründlich ausla- soren, sogar allzuergründlich, denn Ritter von Helle- Part verstärkte zur Vergrößerung der Wirkung seine Südfront auf Kosten der bedrohten nördlichen.

(Fortsetzung folgt.)



# Der Tag des proletarischen Kindes.

Der proletarische Kalender kennt zwei Arten von Feiertagen: solche, die das Proletariat von der Vergangenheit übernommen, für seine Zwecke erst nach Form und Inhalt gestaltet mußte; andere, die unmittelbar aus dem Fühlen und Wollen der Arbeiterklasse hervorgegangen, Wegweiser sind aus trauriger Gegenwart in eine bessere Zukunft.

Ein Festtag der zweiten Art, ein proletarischer Feiertag im schönsten Sinne des Wortes, ist der Tag des Arbeiterkindes, den wir morgen feiern.

Den Kindern des Proletariats ist in dieser besten aller Welten ein trauriges Schicksal beschieden. Das Schlagwort von der seligen Kinderzeit wird hier zu blutigem Hohn. Als Schwächste innerhalb der unterdrückten Klasse leiden die Arbeiterkinder weit mehr als ihre erwachsenen Schicksalsgenossen. Schon vor der Geburt durch die Unterernährung und Ueberarbeit der Mutter; dann durch den Mangel an Licht und Luft und Nahrung während ihres ganzen armen Kindesdaseins; schließlich durch die grausame Mißachtung und Zurücksetzung, die sie Tag für Tag erdulden müssen, bloß weil sie der sozialgeächteten Klasse angehören. Es ist ein Uebermaß von Unrecht und Elend, das auf diesen Kindern lastet, das viele von ihnen kraft- und mutlos macht und gerade dadurch den Bestand des kapitalistischen Systems auch für die Zukunft erleichtert.

Unser Kindertag soll die Arbeiterklasse aufrufen zum Kampfe gegen die dunklen Gewalten, die das proletarische Kind und damit die Zukunft des Proletariats überhaupt aufs schwerste bedrohen.

Wo in der Republik lassenbewußte deutsche Arbeiter leben, da werden sie morgen ihren Kindern ein paar Stunden der Freude bereiten. Mit ihnen spielen wie gute Kameraden, für sie sorgen wie liebe Freunde, in ihnen das Bewußtsein wachrufen und stärken, daß auch sie ein Teil sind der großen Arbeiterklasse, der die Zukunft gehört, trotz alledem! Aus leuchtenden Kinderaugen, aus fröhlichen Rufem und Liedern wird eine neue Zeit zu den Genossen sprechen. Eine Zeit, in der es keine Darbenden und freudlosen Kinder, keine verzweifelten Mütter mehr gibt; eine Zeit, in der das Wort vom seligen Kinderland Wirklichkeit geworden in Freude und Schönheit. Und es wird in Erwachsenen und Kindern die Sehnsucht nach werden nach dieser Zeit. Die Sehnsucht, die Hoffnung — der Wille, sie zu erkämpfen!

Und dieser Wille wird Kraft und Zuversicht schöpfen aus dem Fest der Jugendweiche, das wir an vielen Orten gleichzeitig mit dem Kindertage feiern wollen: Aufnahme unserer Bierzehnjährigen, die jetzt die Schule verlassen, in die große, unüberwindliche Kampfgenossenschaft des lassenbewußten Proletariats. Ein Erlebnis voll stolzer Freude für unsere wackeren jungen Genossen; uns Allen darüber hinaus die sichere Gewähr für den Sieg unserer heiligen Sache. Das Schwierigste, was Mißerfolg — mit uns die Jugend, unser die Zukunft!

Aus diesem Geiste ist der Tag des proletarischen Kindes, das Fest der Jugendweiche hervorgegangen, in diesem Sinne wollen wir sie feiern. Wir wünschen dem morgigen Feste schönes Wetter und gutes Gelingen; wir begrüßen die junge Garde der Bierzehnjährigen in unseren Reihen; wir grüßen ganz besonders alle unsere lieben Arbeiterkinder gelegentlich ihres Feiertages mit einem herzlichen

„Freundschaft!“

## Die Wirkung der Zölle im Ausland.

Belgrad, 24. Juni. Anlässlich der Erhöhung der tschechoslowakischen Zölle für die Einfuhr von Getreide und Vieh verweist das Organ der jerbischen Agrarier, „Novosti“, auf die Gefahren einer solchen prohibitorischen Zollpolitik, welche auch von Österreich-Ungarn mit dem bekannten Mißerfolg verfolgt worden war. Das Blatt gibt der Erwartung Ausdruck, daß der Senat eine Herabsetzung der Zölle erwirken werde. Falls jedoch diese Zölle aufrecht bleiben sollten, würde die jugoslawische Ausfuhr nach der tschechoslowakischen Republik um die Hälfte herabgesetzt werden, wodurch auch der Abschluß eines tschechoslowakisch-jugoslawischen Handelsvertrages wesentlich erschwert würde.

## Erzreaktionäre Rintelen — Schulminister

Wien, 25. Juni. (Eigenbericht.) In der heutigen Sitzung des Nationalrats wurde der österreichische Landeshauptmann Dr. Rintelen zum Unterrichtsminister gewählt. Der Vorschlag hierzu wurde vom Hauptauschuss in Abwesenheit der Sozialdemokraten ausgearbeitet. In der Sitzung des Hauses gab Genosse Dr. Bauer im Namen der sozialdemokratischen Fraktion eine Erklärung ab, die gegen eine Wahl Dr. Rintelens zum Minister der Republik Einspruch erhebt mit dem Hinweis darauf, daß Rintelen der Protektor jener Heimwehrorganisationen ist, die sich durch die Verschönerung mit den ungarischen Banditen mit unauslöschlicher Schande bedeckt haben. Und weiter mit Rücksicht darauf, daß Rintelen die Beamten unterdrückt, die Schule klerikalisiert und als Landeshauptmann zugleich Präsident einer Bank ist, erheben die Sozialdemokraten Einspruch gegen seine

Wahl. Aber außerdem auch dagegen, daß der Nationalrat in einem Augenblicke, wo der Wortbruch der Regierung nicht gutgemacht ist, eine solche Wahl vornimmt. An dem Tage, an dem die Regierung und die christlichsoziale Partei eine abgeschlossene Vereinbarung getroffen haben, haben sie die moralischen Voraussetzungen dieses Parlaments zerstört. Das Parlament hat nicht das moralische Recht, von seiner Befugnis Gebrauch zu machen, solange die moralischen Voraussetzungen seiner eigenen Existenz nicht wiederhergestellt sind. Deshalb werden sich die Sozialdemokraten an der Wahl nicht beteiligen. — Die Sozialdemokraten

verließen hierauf den Sitzungssaal und die Wahl wurde dann vorgenommen.

## Aufstand in Shanghai.

London, 24. Juni. Reuter meldet aus Shanghai, daß unter den dortigen Arbeitern große Unruhe herrsche und Agitation gerrieben werde. In einer japanischen Baumwollfabrik zündeten 600 streikende Arbeiter die Baumwollvorräte an und griffen die Feuerwehr bei ihrem Erscheinen mit einem Hagel von Ziegelsteinen an. Zwölf Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Lage wird als sehr ernst angesehen.

# Gegen die Zölle.

## In Trautenau.

demonstrierten gegen die Hungerzölle Samstag nachmittags auf dem Ringplatz 2000 bis 3000 Arbeiter in einer großen Versammlung, die gemeinsam von den Bezirksorganisationen der deutschen und tschechischen Sozialdemokratie sowie von den beiderseitigen freien Gewerkschaftsorganisationen einberufen worden war. Die Versammlung war im Augusten geplant, mußte sich aber mit Rücksicht auf die große Zahl der Teilnehmer in geschlossenen Zuge auf den Ringplatz begeben; die Demonstration erweckte um so größeres Aufsehen, als erst zwei Tage vorher in allen Betrieben unter derselben Parole durch Arbeitsniederlegung demonstriert worden war. Die Genossen Ladig und Lab eröffneten deutsch, beziehungsweise tschechisch die Versammlung; gegen die Zölle, die Kongrua und die Verlängerung der Dienstzeit sprachen für unsere Partei die Genossen Abgeordneter Schäfer und Krejčí, für die tschechischen Sozialdemokraten Gen. Chmel aus Königgrätz, immer wieder von erregten Zwischenrufen und stürmischem Beifall der Demonstranten unterbrochen. Nach einhelliger Annahme unserer Resolution sowie der der tschechischen Genossen wurde noch einigen markigen Worten der Genossen Ladig und Lab die glänzend verlaufene Demonstrationsversammlung geschlossen.

## In Rumburg.

sand ebenfalls am 23. d. M. im Schützenhaussaale eine Protestversammlung gegen das Zollattentat statt. Genosse Paul aus Prag geisterte in zweistündigen Ausführungen das unerhörte Verbrechen, das unter der Hauptschuld der deutschen Zollparteien am arbeitenden Volke verübt wird. Seine Ausführungen fanden die ungeteilte Zustimmung der Zuhörererschaft, unter der sich auch eine Anzahl Kommunisten befand.

## Saida.

Etwa 500 bis 600 deutsche und tschechische Arbeiter und Arbeiterinnen versammelten sich Donnerstag, den 24. d. M., nach Arbeitschluss im Garten des Schützenhauses, um gemeinsam gegen den von den deutschen und tschechischen Zöllnern beschlossenen Brotwucher zu demonstrieren. Den Vorsitz führte Genosse Friese und ein tschechischer Glasarbeiter. Als erster Redner sprach Genosse Arnberg aus Bodenbach. An der Hand eines reichen Ziffernummaterials zeigte er die zu erwartenden Wirkungen der Zölle auf. Besonders scharf geisterte er die deutschen Merkantilisten. Stürmische Phrasen erklangen, als er die gemeine Beschimpfung der Arbeitermädchen erwähnte, die sich der Abg. Sella aus Leipa in öffentlicher Parlamentsrede erlaubte, als er sagte, die Arbeiterinnen gehen nach 5 Uhr auf den Strich. Hierauf sprach tschechisch der Kommunist Kacocha. Nach der Versammlung formten sich die Versammlungsteilnehmer zu einem Demonstrationzuge, der sich zum Marktplatz bewegte und nach kurzen Ansprachen der zwei Redner sich auflöste. Die bereitgestellte Gendarmerie hatte nicht Anlaß einzusetzen.

## Schludenan.

In einer am Mittwoch, den 23. Juni, vom Ortsrat der freien Gewerkschaften einberufenen, gut besuchten Versammlung sprach Gen. Böhm, Gewerkschaftssekretär aus Rumburg. Hier in der Hochburg der Christlichsozialen hatten sich es die christlichen Gewerkschaften was kosten lassen, um ihre Mitglieder von unserer Versammlung abzuhalten. Laufzettel und Flugblätter wurden verteilt, in denen aufgefordert wurde, in unsere Versammlung nicht zu gehen. Infolge dessen waren nur Mitglieder der freien Gewerkschaften in der Versammlung. Das Referat des Genossen Böhm, welches oft von stürmischen Zustimmungsrufen unterbrochen wurde, zerplückte die feige, hinterhältige Kampfweise und unterzog die Haltung der Christlichsozialen in der Zollfrage einer vernichtenden Kritik. Stürmischer Beifall lobte seine Ausführungen. In der Debatte sprach Genosse Bergmann, welcher die Anwesenden zum Anschluss an den Konsumverein aufforderte, um die Schäden der Zollsteuerung zu lindern, ferner Genosse Weber, welcher die Arbeiter aufforderte, jetzt als Hunderde von Agitatoren in die christlichen Arbeiterwohnungen zu gehen, um dort die betroffenen Arbeiter aufzuklären, um so dieser Latz der Christlichsozialen, die Arbeiter von unseren Versammlungen abzuhalten, wirksam zu begegnen. Nachdem auch noch Genosse Weith auf die Gefahren des Zollkrieges, wie er bereits von Ungarn praktiziert wird, aufmerksam gemacht hatte, wurde der christlichsoziale Partei

sekretär Haupt, welcher als Berichterstatter anwesend war, aufgefordert, zu sprechen. Herr Haupt mußte in seinem Verlegenheitsgestammel zugeben, daß die christliche Zollpolitik den Arbeitern wirtschaftlichen Schaden bringt, aber seine Partei sei eine Volkspartei und die Arbeiter müßten sich den Landwirten, welche in der christlichen Partei organisiert sind, eben fügen. Auch den Kuhhandel mit dem 50 Millionen Geschenk an die Pfaffen glaubte er verteidigen zu müssen. Im Schlussworte unterzog Genosse Böhm die Ausführungen des Herrn Haupt einer Prüfung und wies nach, daß diese Argumente einer gewissenhaften Untersuchung nicht standhalten können. Es war ein schwarzer Tag für unsere Schwarzen!

## Gemeinlame Rundgebung in Neustadt a. T.

Samstag, den 19. Juni, abends fand eine von der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei gemeinsam einberufene und massenhaft besuchte Protestversammlung gegen die Zölle im „Touristenheim“ in Neustadt a. T. statt, in welcher gleichfalls von unserer Partei Genosse Zücker und von kommunistischer Seite Witt aus Reichenberg in temperamentvoller Weise sprachen. In der Debatte beteiligte sich noch Genosse Baumert, welcher als Kleinlandwirt der Versammlung an einem Beispiele ziffernmäßig aufzeigte, daß Kleinlandwirte, so wie von unserer Presse und unseren Abgeordneten immer schon nachgewiesen wurde, von den Zöllen keinen Nutzen, sondern nur Schaden haben. Auch in dieser Versammlung, zu der die Parteileitungen der christlichen, der Gewerbe- und Agrarparteien geladen waren, jedoch nicht erschienen sind, wurde ein von Köhler gestellter Antrag, die Ausführungen der Referenten zur Kenntnis zu nehmen und in diesem Sinne den Kampf gegen die Verteuerung weiter zu führen, mit Begeisterung und einstimmig angenommen.

## In Rüdersdorf.

Am Freitag, den 18. Juni, nahm eine zahlreich besuchte und gemeinsam durchgeführte Betriebsversammlung der Firma Kessel in Rüdersdorf, wo der Sitz des Bundes der Landwirte für den Bezirk Friedland sich befindet, Stellung gegen den neuen Zolltarif, in welcher Genosse Zücker als Vertreter der „Union“ und Franz Köhler als Vertreter der Sektion der roten Textilarbeiter referierten. Die Redner fanden stürmische Zustimmung. Eine Entschlieung, die das Verhalten der deutschbürgerlichen Parteien und deren Parlamentarier zur Zollvorlage auf das schärfste verurteilt und weiter ausdrückt, den Kampf um die Abwehr fortzusetzen, wurde einhellig angenommen.

## Gemeinlame Rundgebung in Zwittau.

Die am Dienstag, den 22. ds., nach Arbeitschluss am Stadtplatz unter dem Vorsitz der Genossen Jandl, Lichtblau und Friisch in Zwittau stattgefundene Protestkundgebung des lassenbewußten Proletariats gegen den Zollwucher und Volksverrat der Christlichsozialen, gestaltete sich zu einer wichtigen und eindrucksvollen Demonstration der Arbeiterkraft. Weit über 2000 Menschen füllten den geräumigen oberen Teil des Stadtplatzes und lauschten mit Spannung den Ausführungen der Referenten. Den Christlichsozialen war es trotz aller Bemühungen nicht gelungen, ihren ganzen Angang von dem Besuche der Versammlung fernzuhalten. In ihrer Domäne mußten sie es erleben, daß frei und vor aller Öffentlichkeit ihr verräterisches Treiben einer vernichtenden Kritik unterzogen wurde. Abg. Genosse Heeger aus Jägerndorf erntete den begeisterten Beifall der Versammlung. Seine Ausführungen über die verderblichen Wirkungen der Zollpolitik erweckten Stürme der Entrüstung. Auch die Ausführungen der kommunistischen Redner Bohradnik und Wostupatsch — von denen der erstere in tschechischer Sprache referierte — wurden mit großem Beifall angenommen. Genosse Morles zerplückte sodann die von den Christlichsozialen vorgebrachten Verdrehungen und Lügenberichte.

Nach einem kräftigen Schlussworte des Vorsitzenden Genosse Jandl, in welchem er die Arbeiterkraft zu reger Mitarbeit, Tatkraft und Kampfbereitschaft aufforderte, wurde diese impulsive Versammlung mit dem Liede der Arbeit geschlossen.

Diese Versammlung, welche angesichts der reaktionären volksfeindlichen Tätigkeit der bürgerlich-kapitalistischen Parteien als der Beginn einer gemeinsamen Abwehraktion der lassenbewußten Arbeiterkraft beider Nationen zu betrachten ist, wird manchem unserer Gegner zu denken geben.

# Tages-Neuigkeiten.

## Immer wieder Folterungen in den rumänischen Gefängnissen.

71 Opfer des weißen Terrors, meist jugendliche Gefangene, im Militärgefängnis Klausenburg (Siebenbürgen), Arbeiter und Intellektuelle, haben an die rumänische Liga für Menschenrechte einen Protest gerichtet, in welchem sie die fürchterlichen Qualen, Folterungen, Scheußlichkeiten und Ungeheuerlichkeiten darlegen, denen sie in den Gefängnissen ausgesetzt waren, und die Liga auffordern, sich diesem Protest anzuschließen und ihre Leiden und Qualen an die Öffentlichkeit zu bringen.

Die Gefangenen, die den Protest unterzeichneten, hatten von allen zweihundert Gefangenen in den Siebenbürger Gefängnissen am meisten zu leiden. Man hatte sie, Fungarbeiter, Intellektuelle und zahlreiche junge Mädchen, zusammengefaßt und von Siguranzaleller zu Siguranzaleller geschleppt, wo man sie solange folterte, bis die nötigen Geständnisse abgepreßt wurden.

Folgende bezeichnende Fälle seien angeführt: Die Arbeiterin Fanka Solomon wurde drei Wochen hindurch täglich mißhandelt, beschimpft und verhöhnt und an den Haaren gerissen.

Der Jugendliche Mihaly Fekete wurde drei Tage und drei Nächte hindurch auf der Siguranza von Tarquus-Mures ununterbrochen gefoltert. Heute ist er arbeitsunfähiger Krüppel.

Der Student Ernest Mikovic wurde ganze Nächte hindurch in Baja Mare, Dej und Cluj blutig geschlagen.

Die Arbeiter Niles, Talpos und fünf andere wurden auf der Siguranza von Kronstadt und Hermannstadt fünf Tage hindurch gefoltert. Während dieser Zeit wurden sie systematisch daran gehindert, einzuschlafen, indem man sie bis 2 Uhr früh prügelte und dann zwang Klosetts und Mistkäben verschiedener Behörden zu reinigen, Holz zu spalten usw.

Durch einen Hungerstreik mußten sich die Gefangenen das Recht auf zwei Stunden Ausgang, zensurierte Briefe und gewöhnlicher Zellen (an Stelle von Dunkelzellen, in die man sie geworfen hatte) erkämpfen.

Auch in die Arbeit des Untersuchungsrichters mengten sich die Siguranzaleute ein. Die Angeklagten wurden in Gegenwart des Untersuchungsrichters geprügelt, damit sie ihre Aussagen nicht ändern, die ihnen vorher durch Mißhandlungen abgepreßt worden waren.

Trotz diesem Erpressungssystem gelang es der Siguranza nicht, irgendwelche konkrete Schuldbeurteilung zu bringen. Bei diesen Angeklagten kann die Anklage nicht einmal behaupten, daß sie kommunistischen Organisationen angehören. So war der Lehrling Gabor Toles sechs Monate lang eingekerkert, obwohl die Anklageschrift über ihn nichts anderes auszusagen weiß, als seine Personaldaten! Zwei Arbeiter sind nur deshalb angeklagt, weil sie einen ähnlichen Namen haben, wie zwei andere, von der Siguranza Verfolgte. Während der Gerichtsverhandlung hinderte man die Angeklagten, mit ihren Verteidigern zu sprechen, und der Vorsitzende weigerte sich, die Zeugen der Verteidigung anzuhören. Da ist es weiter nicht verwunderlich, daß die Angeklagten Kerkerstrafen bis zu zehn Jahren erhielten.

Die drei Treibischer Mörder zum Tode verurteilt! Das Oberste Gericht in Briinn besaßte sich Donnerstag unter dem Vorsitz des ersten Präsidenten Dr. Popella mit dem bekannten Prozeß gegen die Treibischer Mörder. Das Jglauer Gericht hatte am 30. Oktober 1925 die Eheleute Karl und Anna Dvokácel und Josef Fejta wegen Raubmordes an den Brüdern Mathias und Bartholomäus Polich in Trebitz zu lebenslänglichen Kerker verurteilt. Alle drei Angeklagten, wie auch die Staatsanwaltschaft in Jglau haben die Richtigkeitsbeschwerde eingebracht, mit denen sich das Oberste Gericht besaßte. Nach eineinhalbstündiger Beratung verworfs das Oberste Gericht die Richtigkeitsbeschwerde der Jglauer Staatsanwaltschaft im Sinne der Ausführungen des General-Prokurators in voller Umfange statt. Der Gerichtshof hob das Urteil der Jglauer Geschworenen auf und fällte ein neues Urteil, durch das alle drei Angeklagten zum Tode durch den Strang verurteilt werden. Das Urteil ist zuerst an Josef Fejta, dann an Karl Dvokácel und schließlich an Anna Dvokácel zu vollziehen.

Eine unerhörte Konfiskation. Unsere Genossen in Saaz riefen die Arbeiter in einem Flugblatt zu der Protestversammlung auf, die gestern abends im Saazer Schützenhause stattfand. Das Flugblatt enthielt nichts anderes als die Feststellung der Schuld der deutschen Agrarier und Christlichsozialen an der neuen schoeren Belastung des arbeitenden Volks und appelliert an die Arbeiter, ihren Protest gegen den an ihnen begangenen Raub in der Volksversammlung Ausdruck zu geben. Dieses Flugblatt nun wurde am Donnerstag, mehr als 24 Stunden vor Abhaltung der Versammlung, konfisziert, seine Verteilung verboten. Das Verbot kam allerdings glücklicherweise zu spät, denn die Flugblätter waren zum größten Teil schon verteilt. Aber es ist beispielsweise, daß die tschechischen Behörden sich jetzt schon gegen solche Handzettel bemühen und bis in die kleinste Einzelheit den deutschen Agrariern und Merkantilisten zu Hilfe kommen.

**Billige Sonntagzüge in die Umgebung Prag.**

Am morgigen Sonntag werden die nachstehenden Züge als verbilligte Züge abgefertigt: 1. Von Weinberge nach Cerean um 2.45, zurück um 17.00, Reise hin und zurück K 7.00 2. von Wagonitz-Mulle nach Zbraslav-Javitz um 9.02, zurück um 19.56, Reise hin und zurück K 3.80; 3. von Wagonitz nach Opatowitz um 5.30 und 8.55, zurück um 17.05 und 19.35, Reise hin und zurück K 4; 4. von Smichov nach Karlstein um 5.45, zurück um 17.20, Reise hin und zurück K 5.40; 5. von Smichov nach Kevnic um 9.00, zurück 19.38, Reise hin und zurück K 4.60. Die Fahrkarten werden mit einem Regiebeitrag von 10 Heller während der Amtsstunden stets Freitag und Samstag bei den Beamten der Stadt Prag, in Weinberge, Zbraslav, Wagonitz, Javitz und Smichov und in der Kanzlei des Fremdenverbandes im Gemeindehaus beim Pulverturm ausgegeben.

**Tausende Opfer bei einer Dammbrechungskatastrophe.** Die Stadt Leon im mexikanischen Staat Sonora wurde infolge eines in der Nacht stattgefundenen Dammbrechens durch das Hochwasser zweier Ströme zerstört. Ein 2 1/2 Meter hoher Wasserfall spülte Häuser, Menschen und Vieh fort. Die Zahl der bei der Katastrophe umgekommenen Personen ist vorläufig nicht zu ermitteln, wird aber auf Tausende geschätzt. Die 60.000 Einwohner zählende Stadt wurde am 18. Juni 1888 von einer ähnlichen Katastrophe heimgesucht, wobei 200 Personen umkamen und 2000 Häuser zerstört wurden.

**Wieder einer — und noch einer!** Der Kooperator von Haidershofen, Stephan Maherehofer, hatte sich am 17. d. M. vor dem Kreisgericht in St. Pölten zu verantworten, weil er sich an zwölf- bis dreizehnjährigen Schulmädchen, die er unter verschiedenen Vorwänden in seine Wohnung lockte, in der unerhörtesten Weise vergangen hatte. In den Anzeigen der Eltern der Opfer dieses „Hochwürden“ wurde ausgeführt, daß der geistliche Herr die Schulmädchen schamlos abtafelte und dies nicht nur in seiner Pfarrhofwohnung, sondern auch in Schulzimmer während der Religionsstunde. Als der Stempel aufkam, versuchten zuerst die Mütter die Affäre zu vernichten. Indessen hatten diese Kreise kein Glück, der Fall war schon zu bekannt, und so entschlossen sich die Gerichtsbehörden, den hochwürdigsten Kinderhändler vorübergehend in Haft zu nehmen. Bald darauf wurde er wieder freigelassen und seine geistlichen Vorgesetzten setzten mit dem Stempel die Krone auf: Sie duldeten, daß der wegen eines so gemeinen Deliktes in Untersuchung befindliche Vater weiter dem Seelsorgedienst obliege. In der Verhandlung leugnete er zuerst. Als er aber einen Zeugen nach dem andern aufmarschieren sah, versuchte er glauben zu machen, daß das alles „nicht so arg gewesen sei“, daß er mit den Kindern „nur Spaß“ gemacht habe. Nach durchgeführter Verhandlung wurde er des Verbrechens der Schändung und der Verführung zur Unzucht schuldig erkannt und zur Strafe des schweren Kerkers für die Dauer von zwei Monaten, verhängt durch einen Fasttag monatlich verurteilt. — Im „Einzel Tagblatt“ lesen wir u. a.: Wieder einer, den seine sittlich-religiöse Erziehung nicht hinderte, sich schwer gegen das höchste Gebot zu vergehen, ist der christlichsoziale Bürgermeister des frommen Wihering, Michael Feichtmair. Derselbe wurde verhaftet und gegen ihn wegen wiederholter schwerer sittlicher Verfehlungen das Strafverfahren eingeleitet.

**Sieben Soldaten durch Bligischlag getötet.** Bei dem Gewitter, das über Neusalz an der Oder (in Schlesien) niederging, schlug der Blitz in der Nähe von Nitritz in die Frontlinie einer Nachrichtenabteilung ein und tötete sieben Reichswehrosoldaten.

**Eine Familientragödie in Brünn.** Vor einigen Monaten kehrte der 46jährige Anton Kominek, der verheiratet war und einen siebenjährigen Sohn hatte, aber nicht mit seiner Frau lebte, aus Wien nach Brünn zurück und ließ sich von seinen Eltern, die im Vorort Königsfeld ein kleines Haus bewohnten, aushalten. Er wurde bald seinen Eltern, die beide alt und arbeitsunfähig sind und ihr Häuschen ihren einzigen Besitz nennen, eine unerträgliche Last, zumal er arbeitslos und ein starker Alkoholiker war. Es kam daher öfter zu schweren Konflikten. Donnerstag

abend gab es wieder einen Streit, da die Eltern dem Kominek kein Geld geben wollten und konnten. Gestern um sieben Uhr früh verlangte er wieder Geld, um sich Rum kaufen zu können. Als die Eltern ablehnten, zog Kominek einen Revolver, schloß zweimal auf seine 66jährige Mutter Franziska und dreimal auf seinen 69jährigen Vater Anton. Dann tötete sich Kominek durch einen Schuß ins Herz. Die beiden Verletzten wurden ins Spital gebracht, wo ihnen erste Hilfe geleistet wurde. Die Verletzungen der Greisin sind leichter Natur, dagegen ist der Zustand des alten Kominek ernst.

**Lautsprecher im tschechoslowakischen Verkehrsnetz.** Vor einiger Zeit wurden bereits auf dem Prager Wilsonbahnhof Versuche mit Lautsprechern gemacht, welche zum Anrufen der Züge verwendet werden sollten. Das System bewährte sich und man wartet nur die Genehmigung des Eisenbahnministeriums zu dieser Neueinführung ab. Dieser Tage fanden dieselben Versuche auf dem Masarykbahnhof statt. Ueber den ganzen Bahnhof sind 16 Lautsprecher verteilt, die von einer Sprechstelle aus gemeinsam bedient werden. In der Zelle ist außer dem Mikrophon noch ein zentraler Verstärker untergebracht. Dieser Tage wird in Gegenwart des Eisenbahnministers und anderer führender Persönlichkeiten dieses Ressorts eine Generalprobe stattfinden, von deren Ausgang die Einführung des Lautsprechers im Eisenbahndienst abhängt. Auch die großen Bahnhöfe in der Provinz gedenkt man mit solchen Automatenvorrichtungen zu versehen. Den Anfang machte die Station Pardubitz, wo bereits seit längerer Zeit eine Lautsprecheranlage zur großen Zufriedenheit funktioniert.

**Wegen einer Handvoll Gras erschossen.** Am 4. Juni ging der Tagelöhner Lorenzisch in den Heiligengeist Wald (Steiermark), um für sein Vieh Gras zu sammeln. Er wurde dabei von dem Förster Kitzler betreten, der das Gras und den Schubarren des Lorenzisch wegnahm. Darüber geriet Lorenzisch in Erregung und schlug mit einem Waldstock auf den Förster. Dieser gab zwei Schüsse ab, von denen einer den Lorenzisch in die linke Brustseite traf. Lorenzisch brach zusammen und starb während der Ueberbringung ins Spital. Kitzler kümmerte sich um den Schwerverwundeten nicht, sondern ließ ihn liegen und entfernte sich. Das Gewehr Kitzlers war mit Explosivpatronen geladen. Lorenzisch ist ein sehr armer Mann und hinterläßt eine Frau mit drei Kindern im Alter von vier Wochen bis fünf Jahren. Sonderbarerweise befindet sich der Förster Kitzler noch auf freiem Fuß.

**König Alfohol.** In Ober-Bohmen bei Neustadl spielte sich am Dienstagabend eine furchtbare Familientragödie ab. Der 51jährige Landwirt Johann Novotny kam spät abends in stark angetrunkenem Zustande nach Hause und verlangte von seiner Frau Geld, um nochmals ins Wirtshaus gehen zu können. Als ihm die Frau antwortete, er solle doch lieber schlafen gehen und das Geld nicht auf leichtsinnige Weise im Gasthause anbringen, geriet Novotny in Wut. Er ergriff ein offenes Küchenmesser und stürzte sich auf die ihm zunächst stehende 20jährige Tochter Marie und bohrte ihr das Messer in den Bauch. Das Mädchen, das in die Brünnener Landeskrankenanstalt übergeführt wurde, ringt mit dem Tode. Novotny, der Vater von sechs Kindern ist, wurde verhaftet.

**Große Ueberschwemmungen der Weser, Oder und Elbe.** Aus Elbenburg und von der unteren Weser sowie von der unteren Elbe kommen Nachrichten über große Ueberschwemmungen, die sich weitenweit hinziehen und bereits einen großen Teil der Ueferne vernichtet haben. Die größte Hochwasserwelle wird für die ersten Tage des Monats Juli erwartet. Alle Deichvorwände sind alarmiert und ein besonderer Hochwasserdienst ist eingerichtet worden. Auch vom Unterlauf der Oder kommen Berichte über ein anhaltendes Steigen des Wassers. Aus Grotzen wird ein Pegelstand von 437 Meter gemeldet. Zahlreiche Häuser müßten geräumt werden. Der Schaden, den das Wasser in der Stadt angerichtet hat, ist sehr beträchtlich.

**Von der Deutschen Hauptstelle für Kinder- und Jugendfürsorge in Prag.** In der kürzlich im Deutschen Hause abgehaltenen Hauptversammlung wurde im Tätigkeitsberichte festgestellt,

daß die Generalvormundschaft bei sämtlichen Gerichten Groß-Prags 39 Vormundschäften mit 84 Mündeln führt, von denen 31 unehelicher Geburt, 46 Halb- und 7 Ganzwaisen sind. Außerdem betreut sie 103 Schutlinge. An Erziehungsbeträgen wurden 23.445 K. an einmaligen Unterstüzungen K 5.517,42 ausgezahlt, für Wanderstipendien an Mittelschüler 4.250 K. für Weihnachtsgeschenken an den deutschen Volks- und Bürgerfchulen 17.000 Kronen bewilligt. Die angeschlossenen Vereine wurden mit 46.059 K. subventioniert. In den zwei Kinderhorten in Prag I und III wurden 62 Kinder mit einem Kostenaufwand von K 18.127,91 betreut. Die zwei Mutterberatungsstellen wiesen in 98 Beratungsstunden 1010 Besuche auf. Die Gesamteinnahmen betragen K 139.151,61, die Ausgaben K 155.533,11, der Fehlbetrag von K 17.401,50 K wurde vorläufig aus den für das Jahr 1926 bestimmten Geldern gedeckt. Die Geldmittel wurden durch Mitgliedsbeiträge, Subventionen, Schulsammlungen, Kinderfchuhmonat und hauptsächlich durch das Herbstfest aufgebracht. — An alle noch fernestehenden wird die herzlichste Bitte gerichtet, durch Beitritt als Mitglied und durch Spenden die Ziele der Hauptstelle zu fördern. Mitgliedsanmeldungen und Spenden sind richten an die Deutsche Hauptstelle für Kinderfchutz und Jugendfürsorge Prag I., Bartolomejstra 8.

**Der Mord von Neu-Sadisch** ist aufgelöst. Das Mädchen ist von dem eigenen Bruder erstochen worden, als es ihm beim Abfchlachten der Flegel überfachte. Der Bruder hat darauf Selbstmord verübt, indem er sich mit einem Teufel (Pflanz von kleinem Kaliber) erschoss, das zwischen dem Bett und der Wand eingeklemmt aufgefunden wurde.

**Wandererversammlung der „Naturfreunde“ in der Tatra.** Die Ortsgruppe Raschau beruft für den 4., 5. und 6. Juli in die hohe Tatra eine Wandererversammlung ein, an welcher sich außer ausländischen Gästen auch inländische Ortsgruppen beteiligen werden. Der Hauptpunkt der Tagesordnung ist die Gründung eines 3. Naturfreundehauses der Ortsgruppe Raschau, welches in der hohen Tatra errichtet werden soll. Anschließend an die Tagung, welche Sonntag stattfindet, werden Wanderungen ins Gebirge unternommen. Anmeldungen der Teilnehmer an Arnold Defekl, Raschau, Novacs ul. 14.

**Volkswirtschaft.**  
**Der Internationale Wanderungskongreß.**  
**Der zweite Verhandlungstag.**

Auf dem Wanderungskongreß führte am zweiten Verhandlungstage Brown vom Internationalen Gewerkschaftsbund aus Europa biete, seitdem Frankreichs Aufnahme für ausländische Arbeiter zu Ende sei, wenig Auswanderungsmöglichkeiten mit Ausnahme von Rußland, wo vermutlich noch viele Millionen Platz hätten. Was von Rußland gelte, gilt in noch viel höherem Maße von Sibirien, der Wandschurri und Mongolei. Ebenso biete Afrika noch große Möglichkeiten auch für weiße Kolonisten, insbesondere in den hochgelegenen Gebieten. Kanada bereicherte zu großen Hoffnungen, jedoch seien die ökonomischen Verhältnisse dort ungünstig. Die Vereinigten Staaten hätten überhaupt aufgehört, Einwanderungsland zu sein. Mexiko biete gute Möglichkeiten. Die besten Möglichkeiten für künftige Auswanderung stellt Südamerika dar. Australien sei weniger entwicklungsfähig, als angenommen wurde.

In einem Referat über „Beschränkung, Ausschluß oder Assimilierung?“ tritt Cramp dafür ein, daß sich die Arbeiterbewegung auf das Prinzip völliger Freizügigkeit festlegen müsse. Diese Freizügigkeit dürfe niemals aus politischen, sondern nur unter gewissen Voraussetzungen aus wirtschaftlichen Gründen beschränkt werden. Cramp betont die Notwendigkeit, daß sich die Arbeiterklasse auf eine einheitliche Politik in der Wanderungsfrage festlegen müsse. Das um so mehr, als die kapitalistischen Regierungen in dieser Frage eine Politik von der Hand in den Mund betreiben, die die Gefahr kriegerischer Konflikte heraufbeschwöre. Das Endziel sei eine weise Neuverteilung der Arbeitskräfte.

In der Diskussion verteidigte der Vertreter Australiens im Namen der dortigen Arbeiterpartei und der Gewerkschaften die australische Einwanderungspolitik. Er tritt für die Politik des weichen Australiens, das ist die Politik des weichen Charakters Australiens, ein. Er unterstreicht besonders die Erfahrungen, die Australien mit den „europäischen, namentlich mit italienischen Einwanderern gemacht hat, die nicht nur die Lebenshaltung der einheimischen Arbeiter gefährdeten, sondern überdies unter der Kontrolle der faschistischen Bewegung des Heimatlandes ständen. Er betont zum Schluß, daß die australische Arbeiterbewegung, die keiner der beiden Internationalen angehört, sich durch Beschlüsse dieses Kongresses nicht binden könne.

**Dritter Verhandlungstag.**

Der Weltwanderungskongreß setzte die Aussprache über die Referate fort. Zunächst schilderte Staliniski (russischer Sozialrevolutionär) die Verhältnisse der russischen Emigranten, von denen eine Million in der Welt der Not preisgegeben seien. Richter (Österreich) betonte, daß trotz der ungünstigen Verhältnisse, in denen sich Österreich befindet, Vorsorge getroffen sei, daß kein österreichischer Arbeiter, der auswandere, zum Lohnrücker im Einwanderungsland werde. Dann erhielt Laparac als einziger Sprecher des asiatischen Kontinents das Wort. Er führte aus, die Auswanderung aus Indien sei in der Vergangenheit hauptsächlich in der Form der Kontraktarbeit erfolgt, die nicht weit von der Sklaverei entfernt sei. Für die Millionen, die unter falschen Voraussetzungen das Land verlassen haben, müsse Gleichberechtigung gefordert werden. Wilson (Neuseeland) betont, daß in seinem Lande keine Zwistigkeiten zwischen den Weißen und der Urvölkerung bestehen. Es hätten sich aus dem Zusammenleben nur Vorteile ergeben. Der spanische Vertreter Ribar machte die interessante Feststellung, daß sich in den südamerikanischen Staaten in wachsendem Maße das Bestreben bemerkbar mache, sich dem Internationalen Gewerkschaftsbund anzuschließen. Der australische Delegierte stellte fest, daß die australischen Gewerkschaften ausländische Arbeiter aufgenommen hätten. Es habe sich gezeigt, daß die eingewanderten Arbeiter reaktionär seien. Der belgische Vertreter verlangte die Errichtung von Wanderungsämtern auf paritätischer Grundlage; diese sollten die Anträge der Unternehmer, Arbeiter in das Land zu bringen, prüfen. Dann sollte ein internationales Wanderungsamt gegründet werden.

Damit war die Debatte zu Ende und auf Vorschlag von Jouhaux erfolgte dann die Wahl der Kommission, die die endgültige Formulierung der Entschlüsse vornehmen soll.

**Gewerkschaftsbürokraten in Rußland.**

Wenn man die aus Rußland kommenden Nachrichten über die Gewerkschaftsbewegung genau verfolgt, kann man sich dem Eindruck nicht verschließen, daß die Gewerkschaftsmitglieder mit der bisherigen Tätigkeit ihrer Organisationen nicht allzu zufrieden sind und daß diese Unzufriedenheit immer stärker zum Ausdruck kommt. Das Bestreben, die Gewerkschaften von ihrer bisherigen Unterordnung unter die kommunistische Staats Herrschaft und ihre Einordnung in das russische Wirtschaftssystem zu befreien und sie zu wirklichen Vertretungen der Arbeiterschaft, auch im Gegensatz zu den Auffassungen und den Absichten der Staatsleitung und der Staatsbetriebe zu machen, tritt immer mehr in den Vordergrund. In verschiedenen Reden Tomski war bereits dieser Ton zu vernehmen. Auch auf den Kongressen einzelner Berufe wird eine ähnliche Note angeschlagen. Auf dem Kongreß der Textilarbeiter, der im Mai stattfand, wurde der Verbandsvorstand beschuldigt, daß er es nicht verstanden habe, die Arbeiter für ihre Gewerkschaft zu interessieren und in entscheidender Weise die Belange der Mitglieder zu vertreten. Sowohl der Verbandsvorstand wie die lokalen Gewerkschaftsleitungen hätten den großen Fehler begangen, zu vergessen, daß die Vertretung der Forderung der Verbandsleitung, daß Lohnerhöhungen zwar nötig, aber wegen der schwierigen Lage der Industrie nicht möglich seien, hätten die örtlichen Gewerkschaften in eine schwierige Lage gebracht und die Arbeiter unmittelbar entwertet. Es bestände ein Mißtrauen der Arbeiter, das vielfach die Form eines Bruches zwischen den Gewerkschaftsmitgliedern und ihrer Organisation angenommen habe. Die Verbandsleitung sei zu sehr geneigt, den Wünschen der Betriebsleitungen entgegen zu kommen und mit diesen eine „Einheitsfront“ zum Schaden der Arbeiter zu bilden.

Auf dem Bergarbeiterkongreß, der ebenfalls im Mai stattfand, wurden ähnliche Klagen erhoben. Das Prinzip der gewerkschaftlichen Demokratie sei durchaus nicht überall durchgeführt, vielfach verlören die Gewerkschaftsangehörigen nach ihrer Wahl die Verbindung mit ihren Wählern und veräußerten sie, über die Ausführung der Beschlüsse vorbereitender Sitzungen zu berichten. Die gewerkschaftliche Demokratie sei vielfach zu einer gewerkschaftlichen Bürokratie geworden und die Verbandsleitung übe oft einen Druck auf die örtlichen Gewerkschaften aus, damit Personen gewählt würden, die der Verbandsleitung passen. Vielfach würde Arbeitern, die den Versuch machen, die Tätigkeit der Gewerkschaft zu kritisieren, das Wort entzogen.

Anscheinend bejammert man sich in Rußland immer mehr auf die wirklichen Aufgaben der Gewerkschaften und kommt dadurch der Auffassung der „Amsterdamer“ Gewerkschaften etwas näher.

**Das Legikon.**

Von Rudolf Presber.  
Geschickte Leute sind das beste Konversations-Legikon, sagt Goethe. Wor aber hat immer geschickte Leute gleich bei sich? Ich nicht. Also entschloß ich mich zum Ankauf eines Konversations-Legikons, das die geschickten Leute auf alle Fälle ersetzt. Dann ist man sicher, keine Unbildung zu begehen, wenn man sich vorbereitet. Ich wählte das neuerdings rühmlich bekannte Konversations-Legikon von J. R. Müller in siebzehn Großoktavbänden mit einem Supplementband. Dieser ist aber noch nicht erschienen. Deshalb braucht man auch bloß die siebzehn Bände zu bezahlen. Dies tat ich mit zweihundertfünfzig Mark, und war nun überzeugt, mir die Bildung gekauft zu haben.  
Mittags kam das Legikon. Abends kam ein Freund und wir stritten uns, wer das Schießpulver erfunden habe. (So unterhalte ich mich mit meinen Freunden.) Ich behauptete, Verthold Schwarz. Er behauptete, der habe überhaupt nicht gelebt, sondern habe nur sein Denkmal in Freiburg. Denkmal er aber beweisen gar nichts.  
Ich lächelte überlegen; denn ich hatte ja das Legikon!  
Ich ging an das Brett, auf dem die siebzehn

Bände standen und griff mit sicherer Hand Band vierzehn: „Schwarz“.  
Ich schlug nach und erühte zunächst, daß Schwarz, Maria Sophia, eine schwedische Romanfchriesterin sei, daß Schwarz, Wilhelm, auf dem Gebiete der Mythologie geforscht habe. Offenbar schrieb sich Schwarz, Verthold, bloß mit „z“.  
Ich forschte nach und erfuhr, daß „Schwarz“ im Sinne der Physik nicht eine eigentümliche Farbe, sondern vielmehr die Abwesenheit alles Lichts und aller Farben sei.  
Weiter, weiter! Aha — „Schwarz, Bernhard, Afrikareisender“... Wieder nichts!  
„Schwarz, Verthold.“ Hurra! „Franziskaner, mönch, angeblich Erfinder des Schießpulvers Siehe dieses!“  
Da sich das „Schießpulver“ nicht in Band vierzehn befand, griff ich Band dreizehn und las: „Schießpulver. Neuerdings auch Schwarzpulver genannt. Siehe dieses!“ Ich holte wieder Band vierzehn und suchte: „Schwarzpulver“.  
Mein Freund sah mir interessiert zu und lächelte, immer noch seiner Sache sicher.  
„Hurra! Schwarzpulver: Auch Schießpulver genannt. Explosiverendes Gemenge von Holzfohle, Schwefel und Salpeter. Siehe dieses!“  
Nicht ohne leichte Enttäuschung stellte ich Band vierzehn wieder auf das Brett und nahm

Band dreizehn zur Hand, in dem S—Salpeter stehen mußte.  
Nachdem ich mich eine Zeitlang auf den „Sakmonsinseln“, dann in „Salona“, dann in „Saloniki“ aufgehalten, erfuhr ich, daß „salopp“ — unfauber, schlumpig und nachlässig bedeute und war endlich beim „Salpeter“.  
Hurra! Da stand: „Salpeter — Kali-Salpeter, salpetersaures Kalium. NN 03. Siehe dieses!“  
Seufzend suchte ich mir Band zehn. Erfuhr zunächst, daß „Kallimachus“ ein vornehmer Dichter in Syrien ums Jahr 250 gewesen. Daß hingegen „Kallippos“ ein griechisches Wort sei und bedeute: „mit schönen Hintern“.  
Endlich hatte ich „Kalisalpeter“. Hurra!  
Da stand zu lesen: „Kalisalpeter mit Holzfohle und Schwefelgemenge ergibt Schießpulver. Siehe Schwarzpulver und Supplementband!“  
Da ich aber über das Schwarzpulver schon belehrt war und der Supplementband — erst in einigen Monaten erscheint, so konnte ich meinem Freund nicht versichern, daß Verthold Schwarz das Pulver wirklich erfunden hat.  
Ich werde jetzt in Freiburg bei der Fakultät anfragen.  
(Dem lustigen Buche „Kampf mit dem Altog“ mit besonderer Erlaubnis des Culenspiegel-Verlages, Leipzig, entnommen.)

Mitteilung aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Bazar.

Sie sind nicht eitel,

wenn Sie treue Abnehmerin des vorzüglichen

MENTHOL-FRANZBRANNTWEINES

ALPA sind.

ALLE DAMEN

ohne Altersunterschied sind verpflichtet, ihr Antlitz vor Störungen durch Bazilleninfektion zu schützen. Dieser Schuld Rechnung tragend, kauft

eine jede praktische Dame nur den allerbesten Menthol-Franzbranntwein

ALPA

Dieser ges. gesch. Namen bürgt für die unübertroffene Qualität und ist daher zum Hausgebräuge unserer Damen geworden.

Überall erhältlich! — Preis Kč 5.—



Julius Meinel A.G., Prag. Die am 25. d. M. in Prag abgehaltene vierte ordentliche Generalversammlung hat beschloffen, für das Geschäftsjahr 1925 eine Dividende von 6 Prozent, d. i. 24 K (gegen 20 K im Vorjahre) pro Aktie auszuschütten. 4215

Die Lohnbewegung im westböhmischen Baugewerbe und die deutsche Baumeisterzeitung.

Unter der Rubrik „Amtliche Mitteilungen“ veröffentlicht die Baumeistergenossenschaft Karlsbad in Nr. 4 der deutschen Baumeisterzeitung v. 15. Juni l. J. eine Notiz, in welcher der deutsche Bauarbeiterverband in Reichenberg, der Zentralverband in Prag, sowie die zu den Verhandlungen entsandte Lohnkommission der Arbeiter offen der Lüge beschuldigt werden. Es sei erlogen und nur erfunden, um die Arbeiter gegen die Unternehmer zu verhetzen, daß der Arbeitgeberbund bei den Lohnverhandlungen am 14. Mai l. J. eine Herabsetzung der Löhne angekündigt habe. An dieser Verhandlung nahmen zwölf Mitglieder der Lohnkommission der Arbeiter teil. Jedes einzelne Kommissionsmitglied wird der Genossenschaft der Baumeister in Karls-

bad beschäftigt, daß der Sekretär des Arbeitgeberbundes Dr. Walter Sturm bei dieser Verhandlung erklärte, daß die Löhne der Hilfsarbeiter eine Herabsetzung erfahren werden. Bezüglich der Löhne für die gelehrten Arbeiter drückte sich der Herr Sekretär wohl nicht so bestimmt und klar aus, aber auch hier konnte die Ausführenden niemand anders verstehen, als daß die Lohnsätze dieser Arbeitergruppen ebenfalls herabgesetzt werden sollen. Der Unternehmensekretär versuchte damals diese für jedermann verständliche Ankündigung der Lohnherabsetzung unter anderen so darzustellen, daß an dieser zu erwartenden Lohnverkürzung nicht die Herren Baumeister, sondern die Gewerkschaften die Schuld tragen.

So ist die Wahrheit und Tatsache. Wenn es die Baumeistergenossenschaft in Karlsbad mit ihrem Ansehen vereinbar und es als in ihren Pflichtenkreis fallend hält, dann möge sie die zwölf Arbeitervertreter weiter der Lüge beschuldigen.

In derselben Nummer der Baumeisterzeitung beschäftigt sich auch Dr. St. mit der Lohnbewegung im westböhmischen Baugewerbe. Gewohnheitsgemäß wiederholt der Herr Sekretär, daß die Kündigung des Vertrages ohne Einvernehmen mit den berechtigten Schichten der Arbeiterschaft lediglich durch die Führer der Organisation erfolgt sein „dürfte“. Der Sachwalter der Herren Baumeister kennt bei Lohnbewegungen kein anderes Argument als die Führer der Arbeiterschaft sind die Schuldtragenden. Die Arbeiter sind zufrieden, können zufrieden sein, da ja die Löhne entsprechend und ausreichend sind. Gegen solche tiefe Erkenntnis läßt sich nicht aufkommen. Eine weitere Wiederholung leistet sich Dr. St. in der gleichen Behauptung wie die Baumeistergenossenschaft, daß die Lohnkommission gelogen habe. Ebenso ist es Wiederholung, daß die Organisationen in unverantwortlicher Weise die Arbeiterschaft durch entstellte Berichte zu verhetzen begonnen haben. Unternehmerorganisationen, die solche Sachwalter zur Wahrung ihrer Interessen besitzen, können bestimmt den Anspruch auf den Titel einer modernen Interessenvertretung erheben.

Dr. St. beschäftigt sich aber auch noch mit dem „besonderen Schläger“, den sich die Organisationen bzw. ein Führer derselben in letzter Zeit zurechtgelegt haben. Durch den Schläger verfuhrten die Organisationen die Öffentlichkeit und die Arbeiterschaft über die Inerzitätlichkeit der Baumeister aufzuklären. Sehr scharfsinnig wurde dort das Einkommen eines Baumeisters ausgerechnet und mit dem eines Bauarbeiters verglichen. Diese Rechnung hätte aber nur den einen Fehler, daß die angenommene Errechnungsbasis falsch sei. Die Organisationen hätten das Zeitentgelt, jenen Tarif, der nur in ganz wenigen Fällen für besondere Arbeiten angewendet wird, als Berechnungsgrundlage gewählt. Es wäre ein Leichtes, diesen Schläger der in Reichenberg ausgearbeitet wurde, durch eine sachliche Entgegnung umzubringen, wenn es der Mühe wert wäre, hier überhaupt zu polemisieren.

In einer Fabel wird erzählt, daß einmal ein Fuchs sich an Weintrauben laben wollte, diese aber wegen der Höhe nicht erlange und denn ohne Nahrung fortzöge, dabei mit gleich vornehmer wie wegwerfender Geistesart sagte: „Sie sind zu teuer.“ So ähnlich ist die Verzichtleistung auf die Polemik gegen den besonderen, in Reichenberg ausgearbeiteten Schläger zu werten. Es ist Tatsache, daß die Baumeister außer dem Honorarvertrag, noch andere Berechnungsgrundlagen für ihre Verdienstmöglichkeiten haben. Es sind dies die Mindestpreislisten für Regierarbeiten und die Analyse für Errechnung der Anboispreise für Bauten. Ob Dr. St. so kühn ist, um behaupten zu wollen, daß die Mindestpreislisten und Analysen geringere Verdienstmöglichkeiten für

den Beweis ihrer Untreue erhalten habe. Daraufhin wurde der Reichstisch natürlich sofort auf einen anderen Platz gestellt. Auch die Stupel der Paulskirche in London entfaltete eine Wipergalerie und die Vorkasse des Gewerbenuseums in Paris stellt einen Zylinderraum dar, in dem man sogar das Ticken einer Taschenuhr von einer Seite bis zur anderen hören kann. Unzählbar vielfältige Echos entstehen zwischen Wänden, die einen Winkel bilden, wo die Schallwellen viele Male hin und her geworfen werden. Im Schlosse Simonetta in der Lombardie wird zwischen den beiden Schloßflügeln ein Laut 60 und mehr Male wiedergegeben, weil diese Flügel nach dem Hofe hinaus keine Fenster haben, durch die der Schall abgelenkt werden könnte.

Die stärksten und die leisesten Echos haben wir in der Natur, besonders im Gebirge, weil die Bergwände teils höher, teils weiter entfernt sind. Den stärksten Nachhall finden wir in Höhlen. In eine Höhle bei Viborg in Jütland wurde, wie der Historiker Olaf Magnus berichtet, bei einem Einfall der Russen in das Land ein lebendes Tier geworfen, dessen Gebrüll ein so ungeheures Echo erweckte, daß die Russen vor Schrecken zu Boden fielen und viele von ihnen aus Angst starben. Unter den Eisbergen von Grönland ist das Echo so stark, daß jeder Schall sich augenblicklich vom Fuße bis an die Spitze des Berges fortpflanzt. Ist die Spitze loder, so genügt oft ein Wort, um sie zu Fall zu bringen. So wird erzählt, daß einst ein Boot mit 7 Eingeborenen durch die Höhlenwölbung eines Eisberges fuhr, als ein Knabe mit einem Stück Holz auf ein über das Boot gespanntes Flechtwerk schlug. Der Schall pflanzte sich im Nu bis zur Höhle der Wölbung fort, und nach einem donnerähnlichen Krachen stürzte das Gewölbe ein und begrub die Insassen des Bootes unter sich. Auch bei Lawinen gemischt oft ein Geräusch oder Schrei, um sie in Bewegung zu setzen. Am Sankt Wolfgangsee in Steiermark ist das Echo gleichzeitig Wetterprophet; es läßt sich nur vernehmen, wenn

VERLANGT UEBERALL



die Baumeister bieten als der Honorarvertrag? Er möge dies versuchen. Wenn es einer Unternehmergruppe bei Kalkulationen für ein und dieselbe Arbeit möglich ist, Anboissummen mit 30 bis 50 Prozent, ab und zu noch mehr, Differenz zu errechnen, ist eine sachliche Entgegnung eben nicht so ohne weiteres möglich. Dies ist der Grund des vornehmen Schweigens auf den Reichenberger Schläger. Außerdem dürften aber auch alle Baumeister, die trotz des wirtschaftlichen Gegensatzes den Arbeitern gegenüber wissen, daß die Erfüllung der in Westböhmen gestellten Forderungen möglich ist, über die Methoden, wie sie in Karlsbad angewandt wurden und zur Zerschlagung der Verhandlungen führten, nicht besonders erbaunt sein. Ebenso wenig über die Spitzfindigkeiten, die nun vom Sachwalter der Baumeister ins Feld geführt werden, um diese in dem Wahne zu erhalten, daß es ja nur die Führer sind, die ihre Falschberechnung durch Verhetzung der Arbeiter nachweisen müssen und professionunmäßig Lohnbewegungen und Streiks provozieren.

Devisenkurse.

Prager Kurse am 25. Juni.

Table with 3 columns: Currency, Rate, and another Rate. Includes entries for 100 holländische Gulden, 100 Reichsmark, 100 belgische Francs, etc.

Bereinsnachrichten.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Prag II. Sonntag, 27. Juni: Cernosek-Waldpartie. — Bad. — 3.00 Wilsonh. Führer: Los. — Am 4. u. 6. Juli: Wanderung: Liboch—Dauha—Sitzberg; Nummergebirge—Kollberg—Birnstein; Kautsch (Naturfreundebad). Abfahrt Samstag um 14.40 nach Liboch.

Herausgeber Dr. Ludwig Ege. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Richter. Druck: Deutsche Zeitungs-A.G. Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Politz.

Kunst und Wissen.

Prager Konzertsaal.

Die letzten Wochen der Prager Konzertsaison standen ganz im Zeichen der Musikpädagogik. Denn sowohl die großen öffentlichen Musiklehranstalten wie auch die privaten Musikinstitute fühlen sich immer in gleicher Weise verpflichtet, am Schlusse des Studienjahres die besten Früchte ihrer künstlerischen Lehrarbeit der Öffentlichkeit vorzustellen. Die Prager deutsche Musikakademie hat in diesem Jahre hauptsächlich mit Klavierrollen als Absolventen aufgetreten, während die Instrumentalklassen wenig oder gar nicht vertreten waren und auch die Kapellmeister- und Kompositionsschule diesmal auffallende Zurückhaltung in der öffentlichen Vorführung ihrer Talente bewies. Aber einige dieser öffentlichen Musikabende der Akademieabsolventen waren wir in der Lage, gesondert und ausführlich zu berichten. Es sei daher nur nachgetragen, daß neben den zahlreichen Pianistinnen und Pianisten, die bei den beiden Preisbewerbungen zu Gehör kamen, auch einige Geiger ihre in der Akademie erworbene künstlerische Reife erweisen konnten und daß in einem besonderen Musikabend auch die Orgelspieler aus der Klasse Prof. Rowakowski's Beweise ihrer Befähigung erbrachten. Bei der letztgenannten Veranstaltung sang als Absolventin der Gesangabteilung Kapellmeister Wallersteins auch Fräul. Margarethe Holzner, über deren außerordentliches Gesangstalent wir schon anlässlich der Aufführung der Schubert'schen „Dur-Messe“ durch die deutsche Musikakademie im Mai geschrieben haben. Besonders tragen die schönen pädagogischen Erfolge, die die deutsche Musikakademie bei allen diesen Musikabenden der Öffentlichkeit zur Kenntnis brachte, dazu bei, dieser unserer einzigen höheren deutschen Musikbildungsstätte recht viele neue Hörer zuzuführen, um den materiellen Weiterbestand der Anstalt zu sichern. Das staatliche tschechische Konservatorium für Musik hat nicht weniger als zehn große öffentliche Musikabende für seine Absolventen veranstaltet, die teilweise im Radiosaal, teilweise im neuen Theaterfoale des tschechischen Kunstvereins, teilweise im Haus-Konzertsaal der Anstalt stattfanden. Außer unzähligen Solodarbietungen brachten sie auch orchesterale Nummern und dramatische (szenische) Vorstellungen. Es ist erstens für den Referenten, feststellen zu können, daß die Qualität der hierbei gebotenen Leistungen hinter ihrer Quantität durchaus nicht zurückstand. Auffallende künstlerische Reife in technischer und allgemein musikalischer Hinsicht offenbarten namentlich einzelne Absolventen aus dem Klavier- und Violinfache. Aber auch die zahlreichen Absolventen anderer Instrumentalfächer und der Gesang- und Schauspielabteilung zeigten, so weit wir sie hören konnten, ein Maß sachlichen Könnens, das sie zur praktischen Ausübung des Musikberufes berechtigt. Außer den besprochenen musikpädagogischen Veranstaltungen (die kleinen und privaten Aufführungen dieser Art müssen wir übergehen) wurde im Konzertsaale bei der vorbeschriebenen Konzertsaison nur wenig geboten, das der kritischen Feststellung wert ist. Zu nennen ist insbesondere ein Konzert des schwedischen Sängerbundes, einer aus 10 der besten schwedischen Sänger zusammengestellten Sängervereinigung, die choristisch auf achtunggebietender künstlerischer Stufe steht, keineswegs aber an die Grobheitlichkeit der Chorgesangsabteilung etwa der Prager oder mährischen tschechischen Lehrer heranreicht. In ihrem umfangreichen Programm hatten die unter der Leitung Dr. Hugo Alfvens stehenden Sänger nur die schwedische und nordische Tonkunst berücksichtigt. Die „Hudebni Matice“ beendete mit einem dritten Konzerte den Zyklus „Das slavische Volkslied“. Bei diesem letzten Volksliederabend interessierten in stärkerem Maße die Lausitzer Lieder und die alttschechischen Volkslieder aus dem 14. und 15. Jahrhundert. Den einführenden und begleitenden Vortrag hielt wie bei den beiden ersten Abenden der tschechische Volksliedforscher L. Kubo, während die mustergültige Interpretin der Lieder Frau Vesela-Cajma war. c. j.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Samstag 8 Uhr „Tannhäuser-Parodie“, Sonntag „Der Orlov“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Samstag „Charleys Tante“, Sonntag „Charleys Tante“.

Aus der Partei.

Deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag.

Anfangs Juli (genaues Datum wird später bekanntgegeben) kommen aus Kärnten 43 Kinder des Vereines „Kinderfreunde“ nach Prag. Wir bitten alle Parteimitglieder, diesen Kindern für zwei Uebernachtungen unentgeltliche Unterkunft zu gewähren.

Anmeldungen nimmt schon jetzt Genosse Heimlich, Prag II., Melaniana 18-3, (Verwaltung des „Sozialdemokrat“) entgegen.

Die Bezirksleitung.

DRUCK- u. VERLAGSANSTALT Gesellschaft m. beschr. Haft.

empfehlte sich den p. L. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten wie: Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitungschriften, Zirkularen, Mitgliedbüchern, Einladungen, Plakaten, Flug-schriften, Faktoren, Briefpapieren usw. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

IN TEPLITZ-SCHÖNAU Tischlergasse Nr. 6.